Bericht

3. Strategietagung Nachhaltigkeit

11. / 12. Mai 2023, Berlin

Diakonie Deutschland

VdDD
Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland

KD-BANK
Bank für Kirche und Diakonie

Eurodiaconia
Connecting faith and social justice through action

Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e.V.
Ansprechpartner: Rolf Baumann
Stv. Geschäftsführer und Bereichsleiter Ökonomie

Invalidenstraße 29
10115 Berlin
Tel. +49-30-88 47 170 12
Fax +49-30-88 47 170 55
rolf.baumann@v3d.de

3. Strategietagung Nachhaltigkeit in Berlin

Diakonische Unternehmen machen Tempo beim Klimaschutz und fordern Abbau gesetzlicher Hürden.

Wie können sich diakonische Unternehmen den Herausforderungen stellen, die die Klimawende mit sich bringt? Welche Rahmenbedingungen sind dafür nötig? Welche Forderungen müssen dafür an die Politik gestellt werden? Könnte das alles nicht schneller gehen? Und wird es nicht schon gemacht?

Auf ihrer **3. Strategietagung Nachhaltigkeit** am 11./12. Mai 2023 in Berlin betonten die Veranstalter - Diakonie Deutschland, der Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD), Eurodiaconia und die Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank) - immer wieder, das diakonische Unternehmen hochmotiviert sind, nachhaltig zu wirtschaften, gleichzeitig aber von den Rahmenbedingungen daran gehindert werden.

Dabei könnten Unternehmen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft Treiber des Klimaschutzes sein: Allein das Gesundheitswesen emittiert mehr als fünf Prozent der Treibhausgase in Deutschland. Die Branche könnte also Emissionen in hohem Umfang vermeiden, wenn sie ihre Gebäude wie Kitas und Pflegeheime energetisch saniert. Bleibt das jedoch aus, kommen hohe Kosten auf die Allgemeinheit zu. Denn ab 2027 greift der europäische Emissionshandel auch für den Gebäudesektor. Die Betreiber von Sozialimmobilien müssen dann für jede verursachte Tonne den CO2-Preis bezahlen, und dieser wird absehbar ansteigen. Die Mehrkosten tragen dann die Pflegebedürftigen, die Sozialkassen oder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Die Rahmenbedingungen hindern jedoch die Unternehmen, die Klimaschutzpotenziale auszuschöpfen. Ein Hemmnis ist die einseitige Ausrichtung des Sozialrechts auf Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, während das Kriterium der Nachhaltigkeit fehlt. Das führt zu der paradoxen Situation, dass zum Beispiel Träger eines Pflegeheimes zwar hohe Energiekosten erstattet bekommen, jedoch bei Modernisierungen im Sinne des Klimaschutzes und geringerer Energiekosten weitestgehend allein dastehen.

Ulrich Lilie

In seiner Begrüßung zu Beginn der Tagung sagte Diakoniepräsident **Ulrich Lilie**, dass das Sozialwesen nicht im Wandel sei, sondern -wegen der hohen Geschwindigkeit des Prozesses- in einer Umwandlung. Der Sozialstaat sei unter Stress, und rund 80% der Unternehmen der Branche seien aufgrund ihrer Größe nicht in der Lage, die eigentlich nötigen Investitionen zu finanzieren bzw. das Einwerben von Fördermitteln zu organisieren.

Dr. Andreas Theurich, Vorstandsmitglied beim Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland befürchtete eine Marktbereinigung unter kleineren Unternehmen wegen der Anforderungen an die Nachhaltigkeit. Dabei seien soziale und ökologische Nachhaltigkeit Teil der DNA diakonischer Unternehmen.

Dr. Andreas Theurich

Heather Roy

Heather Roy, Generalsekretärin von Eurodiaconia begrüßte die Teilnehmenden im Namen ihrer Organisation.

Ebenso begrüßte Vorstandsmitglied **Jörg Moltrecht** im Namen der KD-Bank und erneuerte die Forderung seines Hauses nach einer stärkeren Betonung auch der sozialen Nachhaltigkeit, damit sozial motivierte Vorhaben nicht benachteiligt seien. In den Fachforen und Panels der Tagung diskutierten die Teilnehmer, welche **Änderungen Politik und Gesellschaft** vorantreiben müssten und welche **Rahmenbedingungen** wie verbessert werden sollten. Sie tauschten sich aber auch über das aus, was bereits heute erfolgreich **umgesetzt werden kann** und vor allem: was bereits heute tatsächlich **umgesetzt wird**.

Jörg Moltrecht

1. Was die Politik tun soll: Rahmenbedingungen ändern

Die Umsetzung des Green Deals in Deutschland und Europa

Wie kann der **European Green Deal** schnell und wirksam umgesetzt werden? Wie könnten die Mitgliedsländer mehr tun?

Der European Green Deal setzt den Rahmen für die ökologische Transformation in Europa. Eines seiner Elemente, die grüne Taxonomie, sorgt dafür, dass Investoren darlegen müssen, inwieweit Ihre Projekte Nachhaltigkeitskriterien genügen. Das hat zur Folge, dass Finanzierungsmittel in nachhaltige Investitionen gelenkt werden. Die Veranstalter der Tagung fordern, die Instrumente des Green Deal zusätzlich um den Aspekt der sozialen Taxonomie zu ergänzen. Das würde letzten Endes für günstigere Kredite in der Sozialwirtschaft sorgen.

Antje Schneeweiss, Ricarda Lang, Stefanie Langkamp, Heather Roy

Ein Panel mit Vertreterinnen aus der Brüsseler und Berliner Politik erörterte die Möglichkeit der Umsetzung des Green Deal in den Mitgliedsländern. Einhellige Ansicht: Die Ausrichtung der Politik auf Nachhaltigkeit und Wandel werde in vielen Mitgliedsländern der EU nicht konsequent genug und schnell genug betrieben. Dabei werden sie von ihren eigenen Gesellschaften „überholt“: Organisationen des Sozialwesens prüfen bereits, wie die Nachhaltigkeitsmaßnahmen umgesetzt werden können, es mangelt ihnen aber oft an Geld und der Möglichkeit, Fördermittel einzuwerben. Hier wäre die Unterstützung ihres Staates hilfreich.

Ricarda Lang, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, betonte, dass Klimapolitik letzten Endes immer Sozialpolitik sei, denn arme Menschen leiden besonders unter den Folgen des Klimawandels. Die soziale Komponente des Wandels aber wird noch nicht ausreichend betont und geht in der Kommunikation deshalb oft unter, so **Heather Roy**, Generalsekretärin von Eurodiaconia. Dadurch entstehe die Befürchtung, dass Maßnahmen zum Klimaschutz finanziell schwache Menschen und Organisationen abhängen. Und natürlich fragen sich z.B. die Mitarbeitenden in der Kohleförderung, welche beruflichen und wirtschaftlichen Perspektiven ihnen eine nachhaltige Zukunft bietet, in der keine Kohle mehr benötigt wird. Es müsse daher immer wieder betont werden, dass der ökologische Wandel immer mit einer sozialen Komponente verknüpft ist.

Anne-Sophie Wislocki (Eurodiaconia)

Sozialer und ökologischer Neustart

Der EU-Emissionshandels wird in absehbarer Zeit auf Gebäude und Verkehr ausgeweitet. Das wird zur Folge haben, dass auch diakonische Unternehmen die anfallende CO2-Bepreisung stemmen müssen – was gerade den finanziell schwachen Organisationen schwer fallen dürfte. Die EU hat dafür den Klima-Sozialfonds (KSF) eingerichtet. **Robert Gampfer**, politischer Referent der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland empfahl in seinem Impulsvortrag, auf die Politik zuzugehen und die konkreten Förderrichtlinien mitzugestalten. Die EU-Kommission ihrerseits könne die Mitgliedsstaaten nur motivieren, den Wandel zu gestalten, dabei sollten besser gestellte Staaten vorangehen.

Maria Loheide

Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland, pochte in ihrem Vortrag auf eine gerechte Transformation. Die soziale Ungleichheit in Deutschland nehme zu, arme Menschen seien nicht nur hohen Lebensmittelpreisen stärker ausgesetzt als andere, sie litten auch stärker unter den Folgen des Klimawandels wie z.B. Hitzewellen. Um die für eine gerechte Transformation nötigen Finanzierungen zu sichern, forderte Loheide, klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagenprivileg oder der Steuerbefreiung von Flugbenzin abzuschaffen oder aber die Erbschaftssteuer auszuweiten.

Lorenzo Manca von Generation Climate Europe und **Jürgen Schneider** von der Nationalen Armutskonferenz verwiesen darauf, dass in Europa insbesondere junge Menschen von Armut betroffen sind und dass arme Menschen oft weder in der Lage noch in der Position seien, sich so zu artikulieren, dass sie gehört werden. Eine Transformation müsse aber immer auch die Menschen mitnehmen, die am stärksten betroffen sind.

Podiumsgespräch: „Gesundheits- und Sozialwirtschaft – unterschätzter Hebel beim Klimaschutz“

Das Podiumsgespräch bildete den Abschluss des ersten Tages. Der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte **Nicolas Schmit** führte in seiner Impulsrede aus, dass niemand mehr die Notwendigkeit des Klimaschutzes leugne. Zudem habe der Krieg gegen die Ukraine das Ausmaß der Abhängigkeit gegenüber Diktaturen offengelegt, die die intensive Nutzung von fossilen Energien mit sich bringe. Die Frage sei deshalb nicht ob man aus fossilen Energieträgern so weit wie möglich aussteigen sollte, sondern wie dieser Wandel so gestaltet werden könne, dass die Bürger der EU Vertrauen in den Prozess haben.

Christian Kühn, Andreas Krüger, Anja Heyde, Ulrich Lilie

In der anschließenden Diskussion mit **Christian Kühn**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, **Ulrich Lilie**, Präsident Diakonie Deutschland und **Andreas Krüger**, Präsident Naturschutzbund Deutschland (NABU) war zu spüren, wie sehr einigen Beteiligten die Geduld mehr und mehr abhanden kommt: Die Probleme seien alle benannt worden, sage zum Beispiel Ulrich Lilie, die Maßnahmen oft diskutiert, eigentlich sei alles klar,

und doch bewege sich nichts. Seit Jahren renne er von Ministerium zu Ministerium und erlebe nicht, dass Programme aufgelegt würden, damit die Sozialwirtschaft die Hebel umlegen könne. Zudem seien bereits 2022 auf der Strategietagung Nachhaltigkeit exakt dieselben Dinge in sehr ähnlichem Personenkreis besprochen worden und getan habe sich seitdem nichts. Immerhin: Der Abend endete mit dem Angebot des Staatssekretärs, gemeinsam zu überlegen, wie der Wandel in der Sozialwirtschaft über die Zuständigkeit der einzelnen Ministerien hinweg organisiert bzw. finanziert werden kann.

2. Was jetzt schon möglich ist

Christian Müller (KD-Bank)

Unabhängig vom erbetenen Wandel der Rahmenbedingungen wollen viele diakonische Unternehmen nachhaltig wirtschaften. Am liebsten schon heute, oder, wenn das nicht geht, so schnell wie möglich. Die Investitionen für die Nachhaltigkeit müssen aber finanziert werden. Wie geht das?

Fördermittel

Fördermittel sind nach wie vor ein wichtiges Element der Finanzierung. Im Workshop **Finanzierung von Nachhaltigkeitskosten** stellte **Evelyn Moeck** von der Diakonie Deutschland einige Förderprogramme vor und bot zudem Hilfe der Beratungsstellen der Landesverbände der Diakonie an. **Carsten Pierburg** von der Bank für Kirche und Diakonie gab einen Überblick über weitere Förderungen und deren Bedingungen.

Fördermittel werden dringend benötigt, denn noch fallen andere Möglichkeiten der Finanzierung weg. Laut einem Gutachten der CURACON sind 50 Prozent aller Pflegeimmobilien in Baden-Württemberg energetisch ineffizient, berichtete **Michael Futterer** vom Diakonischen Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden. Der Handlungsdruck ist demnach hoch, doch werden die Träger durch unzureichende Kostenrichtwerte und die derzeitige Definition von „Betriebsnotwendigkeit“ in der Sozialgesetzgebung an Sanierungen gehindert. Immerhin: Das Gutachten ist jetzt die Basis für Gespräche mit den zuständigen Landesministerien.

Andererseits: sind die Investitionen erfolgt, eröffnet sich Sozialunternehmen die Möglichkeit neuer Einnahmen. Denn beispielsweise können die Unternehmen mit ihren großen Dachflächen eigene Energie erzeugen. **Nils Schulten** von der Curacon GmbH referierte zu den Chancen dieses Schrittes und gab Hinweise zu rechtlichen und steuerlichen Fragestellungen. Eine weitere Möglichkeit ist, das CO2-Zertifikate künftig Treiber nachhaltiger Investitionen werden können, berichteten **Prof. Dr. Bernd Halfar und Prof. Dr. Jürgen Zerth** von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. **Prof. Dr. Daniel Klingenfeld**, von der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) zeigte schließlich, wie der Handel mit Emissionszertifikaten unternehmerische Potentiale freisetzen kann.

Prof. Dr. Bernd Halfar

Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Deutsche Nachhaltigkeitskodex

Nachhaltigkeitsmanagement und -berichterstattung sind große Chancen für diakonische Unternehmen, so **Prof. Dr. Thorn Kring**, Leiter des Instituts für Ethik, Führung und

Personalmanagement. Mit ihnen könnten sie nicht nur ihren ökologischen Beitrag zum Klimaschutz transparent machen, sondern auch ihre erheblichen sozialen Leistungen. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) biete dabei eine Struktur, mit der diakonische Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln könnten.

Pfarrer **Rainer Hinzen**, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Stetten, berichtete, wie durch das entsprechend systematische DNK-orientierte Vorgehen der Ressourcenverbrauch seines Unternehmens im Bereich Reinigung halbiert werden konnte. Der Diakonieverbund Schweicheln orientiere sich am Ansatz der Gemeinwohlökonomie, der ähnlich wie der DNK vorgehe, so **Hans- Hermann Wolf**, Kaufmännischer Vorstand. Nachhaltigkeitsberichterstattung habe neben vielen anderen positiven Aspekten auch Auswirkungen auf die Personalakquise, denn zunehmend entscheiden sich Bewerberinnen und Bewerber für Unternehmen, die nachhaltig arbeiten.

3. Was jetzt schon getan wird

Es gibt viele Möglichkeiten, auch unter den gegebenen Bedingungen den CO2-Abdruck eines Unternehmens zu senken und dabei gleichzeitig wirtschaftlich zu handeln. Hier drei der beeindruckenden Beispiele:

Gemeinschaftsverpflegung

Prof Dr. Melanie Speck

Die Verpflegung der Bewohnerinnen und Bewohner hat oft den Löwenanteil am CO2-Ausstoß einer sozialen Einrichtung - entsprechend groß ist auch das Potential für Einsparungen. Das erreichen die Einrichtungen über ein Bündel an Maßnahmen, allen voran die Reduktion von Rohstoffen, die einen hohen CO2- Fußabdruck haben wie z.B. Fleisch oder Lebensmittel mit langen Transportwegen. **Prof Dr. Melanie Speck** von der Hochschule Osnabrück rechnete detailliert vor, dass auch die Investition in moderne Technik oder das Vermeiden von Speiseabfällen effektvoll sind, und dass das alles keineswegs mit Qualitätseinbußen verbunden sein müsse. Ganz im Gegenteil, wie das Beispiel der Zentralküche im **Immanuel-Albertinen-Krankenhaus** zeigt: Dort gelang die Umstellung auf eine Küche, die mit wenig Fleisch und mit einem regionalen, saisonal abgestimmten Angebot arbeitet. Angesichts der Qualität hat sich anfängliche Skepsis im Haus in Zustimmung verwandelt, berichtete **Jens Mühlenfeld** vom beteiligten Caterer Procuratio.

Energieverbrauch

Lutz Ausserfeld

Das **Evangelische Diakonissenhaus Berlin Teltow Lehnin** konnte seine Klimaziele (Senkung der CO2- Emissionen, Reduktion des Energieverbrauchs) mit verschiedenen Methoden umsetzen. Zentral war dabei, wo möglich, die Wärmegewinnung auf umweltfreundliche Energiequellen wie Wärmepumpen und Pelletheizungen umzurüsten und Stromverträge auf Ökostrom umzustellen. Die Voraussetzung dafür war aber ein umfassendes Energiemanagement, mit dem die Verbräuche der Einrichtungen genau erfasst wurden.

Alles im Blick: Umfassendes und konsequent nachhaltiges Handeln

Tilman Hencke

Die **LAFIM-Diakonie** in Brandenburg legt großen Wert auf die enge Einbeziehung der Mitarbeitenden, um diese zum Treiber der Entwicklung werden zu lassen. Das Unternehmen installierte zum Beispiel eine große PV-Anlage, passte die Technik der Gebäude an und gestaltete die Außenanlagen so neu, dass sie auch bei großer Hitze und Sonneneinstrahlung noch nutzbar sind. Die Mitarbeitenden unterstützten aber auch Maßnahmen wie Diensträder, die Nutzung von Leitungswasser als Trinkwasser oder nachhaltige Speisepläne. Darüber hinaus erstellt der Träger eine Gemeinwohlbilanz und erfasst als einer der Wenigen bereits jetzt seine Scope 3- Emissionen. Verbleibende CO2-Emmissionen werden durch Projekte in der sog. Dritten Welt kompensiert. Als Gründe für diesen tiefgreifenden Wandel nennt **Tilman Hencke** zunächst, dass so die künftige Steuerbarkeit des Unternehmens und die Finanzierbarkeit künftiger Projekte sicher gestellt werden und Gesetze wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzt eingehalten werden können. Konsequent nachhaltiges Wirtschaften erleichtert aber auch die Personalfindung und -bindung, da Bewerbende immer öfter Umweltaspekte bei der Wahl des Arbeitgebers in Betracht ziehen

Integration der Nachhaltigkeit in das Leistungs- bzw. Vertragsrecht sowie die Refinanzierung

Dr. Rolf Schmachtenberg

Wie kann Nachhaltigkeit finanziert werden? Fördermittel alleine greifen oft zu kurz, denn der Abruf der Mittel binde Mitarbeitende, die kleinere Unternehmen nicht vorhalten könnten. Besser wäre es, Kriterien in das Leistungs- und Vertragsrecht einzubauen, die eine Regelfinanzierung sicherstellen. Doch **Dr. Rolf Schmachtenberg**, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), stellte sich zu Beginn der Diskussion gegen die explizite Aufnahme des Klimaschutzes als Ziel in die Sozialgesetzgebung, da diese die Schaffung einer „rechtlichen Sonderwelt“ nach sich ziehe. Zudem seien weitere Anforderungen wie Arbeitsschutz oder Brandschutz gleichermaßen in der Regelfinanzierung zu berücksichtigen. Das Klimaschutzgesetz sehe bereits eine Berücksichtigungspflicht des Klimaschutzes für alle staatlichen Akteure wie z.B. Sozialversicherungsträger sowie (mit eigener Ausgestaltungshoheit) für Länder und Kommunen vor. Weiterhin gelte das Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Die Berücksichtigung der Nachhaltigkeit solle in die Haushaltsordnungen der Sozialversicherungen mit aufgenommen werden, Sozialunternehmen sollten die

Rolf Baumann (VdDD), Dr. Andreas Theurich

Berücksichtigung in Verhandlungen, Schiedsstellenverfahren oder ggf. über den Rechtsweg einfordern.

Sorge bereite ihm ohnehin weniger die Finanzierung der Maßnahmen als deren faktische Umsetzung. **Dr. Annika Lange**, Leiterin der Unterabteilung Pflegeversicherung im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) plädierte dafür, energetische Sanierungen als betriebsnotwendig anzuerkennen und sie so refinanzierbar zu machen.

Jörg Moltrecht, Johanna Gary (Diakonie Deutschland)

Der Hebel über die EU-Taxonomie und die daraus resultierenden Kriterien für eine Kreditvergabe gebe dagegen den Banken eine Wächterfunktion, die diese nicht unbedingt wahrnehmen könnten, argumentierte **Jörg Moltrecht**, Mitglied des Vorstands der Bank für Kirche und Diakonie. Besser sei es den CO2-Ausstoß zu bepreisen und so Anreize zu setzen.

Fazit

Auf der dritten Strategietagung Nachhaltigkeit wurde deutlich, dass Nachhaltigkeit breit angelegte Veränderungen in Staat, Gesellschaft und Unternehmen erfordert. Diakonische Unternehmen sind hochmotiviert und bestens geeignet, diese Änderungen zu vollziehen. Sie haben sich längst auf den Weg gemacht, neben der ökologischen auch die soziale Nachhaltigkeit zu befördern.

Es hat für Frustration gesorgt, dass Themen besprochen werden mussten, die bereits bei der ersten Tagung als dringend identifiziert worden waren. Dem gegenüber standen aber die Beispiele aus den Unternehmen, die zeigten, dass bereits im bestehenden Rahmen viele entscheidende Verbesserungen möglich sind. Immer mehr diakonische Unternehmen entwickeln Nachhaltigkeitsstrategien und installieren ein Nachhaltigkeitsmanagement. Die Berichterstattung, z.B. in Form von CO2-Bilanzen oder Nachhaltigkeitsberichten nach anerkannten Standards wie EMAS-plus, DNK oder GWÖ, wird zügig ausgebaut. Soweit Daten vorhanden sind, konnten die CO2-Emissionen bereits signifikant reduziert werden.

Zudem, das wurde an vielen Punkten der Tagung klar, stellten die Beteiligten eine stark gewachsene Bereitschaft in der Politik fest, die Nachhaltigkeits- und Klimaziele zu konkretisieren und Maßnahmen gegen den Klimawandel ressortübergreifend und engagiert auf den Weg zu bringen.